

Frankfurt am Main, 13. März 2019

Vorgesehene Einstufung von Titandioxid führt zu erheblichen Auswirkungen auf die Kunststoff-, Abfall- und Recycling-Industrie

Die Studie ist eine Reaktion auf die Pläne der Europäischen Kommission, Titandioxid als möglicherweise krebserzeugend einzustufen. Die Industrie sieht keinen Grund für eine solche Einstufung, da bestehende strenge Grenzwerte und Regularien den ordnungsgemäßen und sicheren Gebrauch von Titandioxid garantieren. Darüber hinaus konnten verschiedene epidemiologische Langzeitstudien keine Gesundheitsrisiken für Beschäftigte im Umgang mit dem Stoff feststellen.

Das Weißpigment ist ein wichtiger Rohstoff für Farben, Kosmetika und Medikamente und ist hierzulande in nahezu allen verarbeiteten Kunststoffen enthalten, dabei in fast 50 Prozent mit Gehalten über einem Prozent. Ziel der Studie war es, sowohl Fakten über die Verwendung von Titandioxid bei der Kunststoffverarbeitung in den unterschiedlichen Anwendungen zu erhalten als auch die Auswirkungen im Hinblick auf die Verwertung von Kunststoffabfällen zu ermitteln.

Im Falle einer Einstufung könnten all diejenigen Kunststoffabfallströme, die mehr als ein

Prozent Titandioxid enthalten, insbesondere aus dem Bau- und Abbruchbereich, zu

gefährlichem Abfall werden. Die wesentlichen Ergebnisse der Studie im Überblick:

- Für Kunststoffhersteller und -verarbeiter gibt es aufgrund seiner herausragenden technischen Eigenschaften derzeit keine Alternative zu Titandioxid.
- Die aktuelle Befragung von Kunststoffverarbeitern stützt die bisherige Befürchtung, nach denen eine Einstufung zu einer massiven Einschränkung in der Anwendungsbreite von Kunststoffprodukten führen würde.
- Kunststoffverpackungsabfälle, die über Leichtverpackungssysteme erfasst werden, können durch die Sortierung in einzelnen Kunststofffraktionen punktuell zu Titandioxid-Gehalten oberhalb von ein Prozent führen. Hiervon sind aktuell etwa 400.000 t Kunststoffe betroffen, die derzeit einem werkstofflichen Recycling zugeführt werden.
- Im Baubereich sind insbesondere die heute fest etablierten Erfassungs- und Verwertungssysteme zum Beispiel für Fensterprofile betroffen; hier weisen mehr als 90% Titandioxid-Gehalte von mehr als ein Prozent auf.
- Am Beispiel der Abfallwirtschaft zeigt sich, dass die möglichen Folgen einer Einstufung von Titandioxid als krebserregend konträr zur EU- Kunststoffstrategie stehen würden. So müssten Kunststoffabfälle, die mehr als ein Prozent Titandioxid enthalten, demnach künftig als gefährliche Abfälle behandelt und könnten nicht mehr wie bisher recycelt werden.

Die Studie legt dar, dass durch eine Einstufung von Titandioxid als Krebsverdachtsstoff insbesondere für Wirtschaft und Verwaltung mit nachteiligen Auswirkungen sowohl bei der Herstellung und Anwendung von Kunststoffprodukten als auch beim Recycling zu rechnen ist.

Die Studie wurde im Auftrag von **PlasticsEurope Deutschland e.V., AGPU – Arbeitsgemeinschaft PVC und Umwelt e.V., BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V., BKV GmbH, bvse – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., GKV – Gesamtverband Kunststoffverarbeitende Industrie e. V. und VDMI – Verband der Mineralfarben-industrie e.V.** durch die **Conversio Market & Strategy GmbH** erstellt.

Die komplette Studie kann über die BKV GmbH (www.bkv-gmbh.de) kostenpflichtig erworben

Frankfurt am Main, 13. März 2019

Vorgesehene Einstufung von Titandioxid führt zu erheblichen Auswirkungen auf die Kunststoff-, Abfall- und Recycling-Industrie

werden.

Die Kurzfassung der Studie kann hier heruntergeladen werden: [Download Kurzfassung](#)